

Vom helvetischen Flüchtling bis zu neuen Formen neukolonialer Knechtschaft in der Landwirtschaft

»Ich kam mit knapp neun Jahren zu einer Familie als ›Knechtli‹. Es war eine harte und kaltherzige Zeit. Die Wärme, die ich gebraucht hätte, gab es nirgends. Ich musste von früh bis spät arbeiten. Mein Tag begann um 5 Uhr 30. Ich musste bei den Kühen ausmisten und die Schweine füttern. Danach brachte ich die Milch in die Käseerei. Nach einem schnellen Frühstück ging's in die Schule. Danach musste ich bis zum Nachtessen um 19 Uhr 45 dem Bauern helfen. Nach den meist kargen Mahlzeiten musste ich noch abwaschen und aufräumen, so dass ich erst nach 21 Uhr die Hausaufgaben erledigen konnte. Oft war ich so müde, dass ich dabei einschlief. Meine einzigen freien Stunden hatte ich sonntags von 14 bis 17 Uhr.«
Ehemaliges Verdingkind¹

»Ich lebte in einem kleinen Zimmer. Einfach nur ein Bett. Dann hat er am Abend immer abgeschlossen. Ich musste immer ca. 500 m vom Haus weggehen, um eine zu rauchen. Eine Zigarette am Morgen, eine am Abend. Ich habe nur gearbeitet und geschlafen. Keine Freizeit, nichts [...]. Der Bauer hat mich isoliert. [...] Essen, Schlafen, plus 1200 Fr. Aber ohne Samstag, ohne Sonntag. Arbeit ohne Pause. Um halb fünf morgens aufstehen, Arbeit bis abends um halb sieben. Und Mittagessen und Frühstück und Viertelstunde am Nachmittag und dann um sieben Uhr Abendessen. Vier mal essen. Aber arbeiten im Minimum zwölf Stunden. Jeden Tag. Samstag, Sonntag, immer, immer, immer. Keine Zeit (lacht).«
M.² aus der Slowakei, 2012

»Weisst du, zwischen den Höfen gibt es grosse Unterschiede. Viele Grossbetriebe hier bebauen das Land viel zu intensiv. Die fahren mit dem Traktor auch einfach wild auf den Feldern umher. Grossproduktion halt, gell. [...] Der Boden wird verdichtet und total ausgepumpt. Wenn das so weitergeht, dann ist diese intensive Produktion hier [...] in zehn Jahren vorbei.« *Landwirt aus Bern, 2012*

Selten beschäftigen sich VerbraucherInnen mit globalen Arbeitsbedingungen und -verhältnissen in der Landwirtschaft. Hier gilt es den Zusammenhang mit Migration aufzuzeigen. Da der Agrarsektor nicht erst seit heute eng mit prekären* Produktionsverhältnissen verbunden ist, müssen wir uns die Frage stellen, ob es sich bezüglich der Entwicklung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft

* Prekär im Sinne von »Prekarisierung der Existenz« (Precarias a la deriva 2011, 59–62). Es handelt sich dabei weniger um die Unmöglichkeit des Zugangs zu Ressourcen als die Unsicherheit bezüglich derer Verfügbarkeit. Prekarität lässt sich daher nicht in Zahlen, wie der Höhe des Einkommens, definieren oder auf den Zugang zum Arbeitsmarkt reduzieren.

nicht lediglich um verschiedene Formen der Knechtschaft handelt. Wie ist der Landwirtschaftssektor strukturiert und weshalb ist heute von einem globalen BäuerInnensterben die Rede (Perez-Vitoria 2007)? Wie sind Umstrukturierungen herbeizuführen, die mehr bewirken als lediglich mildere Formen der Knechtschaft oder weniger Ausbeutung? Beispiele gelebter Gegenstrukturen im Hier und Jetzt sollen Perspektiven aufzeigen, der ausbeuterischen Produktion entgegenzuwirken – und damit auch die prekären Arbeitsbedingungen im Agrarsektor zu überwinden.

Globaler Handel mit der lebendigen Arbeitskraft – ein historischer Abriss

Was allgemein für die linearen Fortschrittsmythen der Neuzeit gilt – gemeint ist die Vorstellung einer allgemeinen, stetigen Verbesserung der Lebens- und Produktionsverhältnisse –, gilt ebenso für die globale und lokale Landwirtschaft. Betrachten wir die vergleichsweise milden Formen der Knechtschaft im ausgehenden Mittelalter in Europa, so stellen wir gegenüber jenen im Römischen Reich durchaus eine Verbesserung fest. Der Übergang zum Zeitalter der transozeanischen Expeditionen in der Kolonialzeit ist jedoch gekennzeichnet durch eine verschärfte Ausbeutung der LandarbeiterInnen mittels der Ausweitung des Handels zunächst mit afrikanischen Sklaven durch die Kolonialherren Europas und später Nordamerikas. Auch wenn es im 16. Jahrhundert einen europäischen Handel mit slawischen Sklaven gegeben hat, so stellt der Übergang auf – insbesondere aus Westafrika – verschleppte Menschen einen Fall dar, der jeglicher »Vorstellung von einem notwendig sich einstellenden historischen Fortschritt Lügen straft« (Gambino und Sacchetto 2009: 122). Dieser Handel entwickelte sich zunächst ungestört bis zur erfolgreichen Revolte der haitianischen Sklaven im Jahr 1801, woraufhin England sechs Jahre später den Handel untersagte. Auf die Krise der Sklaverei folgte die Ausweitung der Rekrutierungsgebiete entlang der Südküste Chinas und Ostindiens. Der Handel (Asian Contract Labour System) mit den ›Coolies‹, das heisst mit ArbeiterInnen, die sich in einem Verhältnis befristeter Knechtschaft befinden und auf den Plantagen arbeiten, sollte noch bis in die 1920er-Jahre hinein anhalten.³

Als die europäischen Kolonialmächte damit begannen, den Sklavenhandel anzuprangern und sich für eine »Zivilisierung« der Afrikaner« (Gambino und Sacchetto 2009: 129) stark zu machen, geschah dies zeitgleich mit der Aussicht auf die Mineralstoffe, welche die Industrialisierung benötigte. Während des Wettlaufs um Afrika

(scramble for Africa) (Gambino und Sacchetto 2009: 129) teilten sich die europäischen Imperialisten die Ländereien entsprechend ihrer Machtverhältnisse auf. Als Beispiel sei hier der Kongo genannt, wo in den Jahren 1885 bis 1920 zehn Millionen Menschen aufgrund der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen den Tod fanden. Innerhalb von 35 Jahren wurde die Gesamtbevölkerung Kongos um 50 Prozent reduziert. Dieses »Ausbluten des Landes« wiederholt sich bis heute immer wieder aufs Neue. So starben seit 1997 weitere vier Millionen Menschen für Coltan, Diamanten, Gold und Nutzholz (Gambino und Sacchetto 2009: 130). Rohstoffe, von denen heute auch die Schweiz profitiert.

Im Zeitraum von 1450 bis 1807 erreichte die Massenzwangsmigration verschleppter AfrikanerInnen ein Ausmass von 11,7 Millionen, während zugleich 2,3 Millionen EuropäerInnen in die beiden Amerikas auswanderten. Rund die Hälfte arbeitete zunächst als Schuldknechte und -Mägde. Zwischen 1840 und dem Beginn des Ersten Weltkrieges migrierten viele EuropäerInnen als Folge der zahlreichen europäischen Krisen, die vor allem die Landwirtschaft trafen (irische Hungersnot Mitte der 1840er-Jahre, Verelendung der italienischen Bauern nach der Gründung des italienischen Staates, etc.). Die prosperierende Landwirtschaft der zwei Amerikas führte dazu, dass die transozeanische Flucht in die Länder der »unbegrenzten Möglichkeiten« die einzige Lösung für die Betroffenen schien. Die europäischen Regierungen förderten die Auswanderung, da sie als Ventil für die gesellschaftlichen Spannungen diente (Leimgruber 2013). Später versorgte der europäische Strom an AuswanderInnen die Industrie des amerikanischen Nordens und Westens mit Arbeitskräften, während die afroamerikanische Bevölkerung an die Plantagen im Süden gefesselt war (Gambino und Sacchetto 2009: 130f).

Mit der Entfaltung des Kapitalismus im 18. Jahrhundert beginnt auch in der Schweiz die bis heute andauernde Krise der Landwirtschaft, die auf den Einbezug immer weiterer Märkte über die Lokal- und Regionalmärkte hinaus zurückgeht. Immer häufiger gelangt billiges Getreide aus dem Ausland in die Schweiz. Die enormen Mengen an in den USA produziertem Weizen, gepaart mit immer billigeren Transportkosten, verdrängten die einheimische Produktion und trugen zur stetigen Verminderung des Selbstversorgungsgrads bei. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erwies sich die Lage des Agrarsektors, in dem weit über 80 Prozent der Bevölkerung beschäftigt waren und der damit wesentlich zur Finanzierung des öffentlichen Haushalts beitrug, als äusserst prekär. Aufgrund der steigenden Importe litten die BäuerInnen unter einem stetigen Konkurrenzdruck und

verschuldeten sich enorm. Dies führte zu einer weiteren Verarmung zahlreicher BäuerInnen und Tagelöhner, aber auch vieler Gemeinden, und hatte einen massiven Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche Situation. Während des Ersten Weltkrieges traten dann wegen des Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion und der Abnahme der SelbstversorgerInnen gravierende Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln auf.

Die schweizerische Bevölkerungsentwicklung ist bis zum Zweiten Weltkrieg von Auswanderung geprägt. Nicht selten stammen die helvetischen Flüchtlinge aus Bauernfamilien, die in finanzielle Bedrängnis gekommen sind. Die Emigration stellt für sie eine interessante Perspektive dar. Doch bereits vor den Agrar- und Industriekrisen emigrierten SchweizerInnen, unter anderem mit der Absicht, Schweizer Kolonien in Übersee zu gründen. Im 19. Jahrhundert entstanden zahlreiche Schweizer Kolonien wie New Switzerland in Illinois, New Glarus in Wisconsin, Nova Friburgo in Brasilien, die Provinz Santa Fè in Argentinien oder die Kolonien Nueva Helvecia und Nouvelle Berne in Uruguay. Auch die Kolonisierung Afrikas stellte für die helvetischen Flüchtlinge neue Emigrationsräume dar. Im Zuge der französischen Eroberungen in Nordafrika entstanden Schweizer Kolonisations- und Missionsprojekte wie die Kolonie Sétif in Algerien (Arlettaz 1979: 3–236).

In der Schweiz entwickelten sich zur gleichen Zeit neue Formen der Knechtschaft. Eltern, die für die Versorgung ihrer Kinder vor dem Hintergrund der Verarmung der Bevölkerung nicht mehr aufkommen konnten, wurde von den Behörden das Sorgerecht entzogen. Die Kinder wurden anschliessend öffentlich versteigert und an die Familie abgegeben, die von der Heimatgemeinde des Kindes das tiefste Kostgeld forderte (Mindeststeigerung). Arme BäuerInnen interessierten sich dafür, Verdingkinder zu erhalten, da sie eine zusätzliche Arbeitskraft darstellten. In diesem System bestand ein Interesse der mindestbietenden LandwirtInnen, die neu erworbene Arbeitskraft möglichst intensiv einzusetzen, um genügend profitieren zu können (Leuenberger et al. 2008). Schätzungen zufolge sind bis in die 1960er- und 1970er-Jahre hunderttausende Kinder verdingt worden. Nach Angaben des Historikers Marco Leuenberger sollen vor dem Ersten Weltkrieg allein im Kanton Bern gegen zehn Prozent aller Kinder verdingt worden sein (Brand 2004). Viele von ihnen haben nie eine Berufsausbildung absolvieren können, weshalb sie als Knechte und Mägde weiterhin an den Landwirtschaftssektor gebunden waren (Brand 2004).

MigrantInnen als moderne Knechte und Mägde

Wenn heute von prekären Arbeitsverhältnissen in der europäischen Landwirtschaft die Rede ist, dann werden in der Regel die grossen Produktionsregionen in Spanien und Italien thematisiert. In den Plastikmeeren⁴ von Almería (Spanien) und Rosario (Italien) arbeiten Tausende von TagelöhnerInnen unter prekärsten Bedingungen. Sie sind die modernen Knechte und Mägde*, welche die industrielle Herstellung von Früchten und Gemüse in Europa unabhängig von jahreszeitlichen Schwankungen ermöglichen. Aufgrund der Produktion in den Treibhausplantagen sind die Supermarktregale in Europa auch im tiefen Winter mit frischen Erdbeeren gefüllt. Wer sind diese TagelöhnerInnen? Was zwingt sie in diese prekären Arbeitsverhältnisse, in denen sie einen sehr tiefen Lohn erhalten und dazu noch ihre Gesundheit aufs Spiel setzen? Es handelt sich dabei um Menschen, die sich nicht selten mit unsicherem Aufenthaltsstatus in Europa aufhalten. Ihre Situation ist das Ergebnis der supranationalen Migrationspolitik Europas, die den Zugang zum europäischen Territorium entlang wirtschaftlicher Interessen gestaltet. Das gilt für die Mobilität von Personen innerhalb des Schengenraums genauso wie für Personen aus Drittstaaten. Bei Letzteren haben nur hochqualifizierte Fachkräfte Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt. Allen anderen ist der Zugang verwehrt, mit Ausnahme des (immer stärker eingeschränkten) Rechts auf Asyl.

Die Illegalisierung der Migration von Personen aus Drittstaaten nach Europa führt zu einem grossen Arbeitskräftereservoir – vor allem in den südlichen Ländern Europas, wo die meisten MigrantInnen erstmals europäischen Boden betreten. Doch nicht nur die illegalisierten LandarbeiterInnen sichern die billige Lebensmittelproduktion für Europa. In Spanien werden Visa für ganze Gruppen von Arbeitskräften ausgestellt, wie Lucile Dumas von ATTAC Marokko berichtet (2008). Die damit verbundenen Auflagen zeugen vom Bestreben, billige, flexible und rechtlich oft wehrlose Personen für die Arbeit im Plastikmeer zu finden: Für die Erdbeerernte werden beispielsweise Frauen gesucht, die arm, zwischen 18 und 40 Jahre alt und Mütter von Kindern unter 14 Jahren sind. Gefragt sind demnach Menschen, die physisch in der Lage sind, harte Arbeit zu verrichten, die auf finanzielle Unterstützung existenziell angewiesen sind und deren Rückkehr nach getaner Arbeit aufgrund ihrer Lebenssituation gesichert ist.

* Knechtschaft charakterisiert in diesem Kontext ein fließendes Zusammenspiel von Rechtlosigkeit und Ausbeutung.

Prekäre Arbeitsverhältnisse sind nicht nur auf die Landwirtschaft in den erwähnten Gebieten Spaniens und Italiens beschränkt. In der globalisierten Wirtschaft werden Produktionskosten hauptsächlich durch die Verschiebung der Güterproduktion in Billiglohnländer reduziert. Für die Landwirtschaftsbetriebe ist das aufgrund ihrer lokalen Bindung an das Agrarland jedoch nicht möglich. Weil die Nahrungsmittelproduktion sehr arbeitsintensiv ist, zudem der Arbeitsaufwand saisonal variiert und von der Witterung bestimmt wird, braucht es unter den beschriebenen wirtschaftlichen Bedingungen auch im Agrarsektor flexible und billige Arbeitskräfte. Die BürgerInnen der Staaten selbst sind wohl nicht nur wegen der geringen Entlohnung kaum für diese Arbeit zu haben. Vielmehr gilt hier, dass gegenüber der Arbeit mit den »drei Ds (dirty, dangerous, difficult: schmutzig, gefährlich, schwierig) [...] die Arbeiterklasse stets noch mit den Füßen abgestimmt hat, sofern sie Gelegenheit dazu hatte« (Gambino und Sachetto 2009: 138).

In der Schweiz existiert für familienfremde landwirtschaftliche Angestellte kein Gesamtarbeitsvertrag (GAV), es gibt lediglich kantonale Normalarbeitsverträge (NAV), die von den Verträgen in anderen Branchen drastisch abweichen. Das zeigt der NAV des Kantons Bern: Die Arbeitszeit ist in der Landwirtschaft nicht auf 8 oder 8,2 Stunden pro Tag beschränkt, sondern gesetzlich auf maximal 12 Stunden und durchschnittlich 10 Stunden festgelegt. Zudem wird nicht an fünf, sondern an fünfeinhalb Tagen die Woche gearbeitet. Unter solchen Arbeitsbedingungen ist die Vernutzung der Arbeitskraft sehr hoch. Insgesamt sind in der Schweizer Landwirtschaft rund 30'000 familienfremde Personen saisonal beschäftigt. Darüber hinaus wird die Zahl der Sans-Papiers – also der Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus via Arbeitsbewilligung oder ähnlichem aus Ländern ausserhalb der EU/EFTA – auf rund 8000 Personen geschätzt⁵. Während für Angehörige von EU/EFTA-Staaten die Personenfreizügigkeit für die Erwerbstätigkeit gilt, sind Drittstaatsangehörige davon ausgeschlossen. So entsteht eine Abgrenzung zwischen regulärer und irregulärer Beschäftigung aufgrund der Herkunft der Arbeitskräfte entlang nationalstaatlicher Machtverhältnisse.

Personen aus dem Schengenraum haben in der Schweiz aufgrund der Personenfreizügigkeit freien Zugang zum landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt. Ihre Mobilität ist allein durch das Arbeitsmarktregime geregelt. Voraussetzung ist eine zugesicherte Arbeitsstelle. Die Vermittlung erfolgt beispielsweise über die Agentur ›Agroimpuls‹, eine Dienstleistung des Schweizerischen Bauernverbandes.⁶ Sie vermittelt Personen, die sich bei den lokalen Vermittlungsagenturen in

ihrem Herkunftsland angemeldet haben. Diese sind zum grössten Teil am EU-Vermittlungsportal EURES⁷ angeschlossen. Bei dieser Art der Vermittlung, die juristisch durch die Schengenabkommen mit der Personenfreizügigkeit abgestützt ist, bleibt die Grenze zwischen regulärer und irregulärer Anstellung jedoch durchlässig. So kann es sein, dass sich eine Person bei einer Agentur meldet, dann aber ohne Bewilligung direkt an Höfe in der Schweiz vermittelt wird:

Dann wurde ich mit einem Auto, Honda Civic, in die Schweiz gefahren. In die Alpen. [...] Da war ich vier Monate. Ohne Vertrag, nichts. [...] Dann wurde ich abgeholt, wieder von dem Mann mit dem Honda. Er hat mich nach Adorf im Kanton Zürich gebracht. Als ich ankomme, stand da ein junger Mann, mit seinem Gepäck. Ich bin aus dem Wagen gestiegen, der junge Mann ist eingestiegen. Das war ein direkter Wechsel. Das war ein Arbeiter, der auch schwarz ist. [...] Zwei Monate, keine Dokumente. [...] Dann bin ich mit der gleichen Person zurückgekehrt. Wir haben einen Zwischenhalt in Bedorf gemacht. Bei einem Landwirt. Er hat mit ihm gesprochen. Der hat dann nach Adorf telefoniert. [...] Dann habe ich ein halbes Jahr bei ihm gearbeitet. *M. aus der Slowakei, 2012*

Wie dieses Beispiel zeigt, ist der Übergang zwischen Legalität und Illegalität in der Branche fließend. Die Person wird durch die direkte Vermittlung ohne Arbeitsbewilligung illegalisiert und dadurch zur ausbeutbaren flexiblen Arbeitskraft, die als Manövriermasse zur Verfügung steht.

Für Drittstaatenangehörige ist der Arbeitsmarkt für unqualifizierte Arbeiten im Schengenraum geschlossen. Doch auch für sie gibt es in der Gesetzgebung eine Ausnahme: Die Schweiz hat mit insgesamt 13 Ländern sogenannte Stagiairesabkommen geschlossen. Diese sollen »jungen ausländischen Berufsleuten eine Erweiterung ihrer beruflichen und sprachlichen Kenntnisse in der Schweiz« ermöglichen.⁸ Die Abkommen erlauben StudentInnen einer landwirtschaftlichen Ausbildung, für die Dauer von 18 Monaten auf einem Landwirtschaftsbetrieb in der Schweiz zu arbeiten. Die PraktikantInnen sind für die landwirtschaftlichen Betriebe günstige Arbeitskräfte. Nach allen Abzügen für Sozialleistungen, Unterkunft und Verpflegung bleibt ein monatliches Gehalt von 1300 Franken. Das mitgebrachte Wissen verkürzt zudem die Einarbeitungszeit, und aufgrund der Altersbeschränkung (herkunftsabhängig bis maximal 35 Jahre) ist mit dieser Regelung auch der Nachschub an jungen, unverbrauchten Arbeitskräften garantiert. Die zeitliche Beschränkung des Aufenthalts sichert zudem die gewünschte Fluktuation im saisonalen Arbeitsmarktregime.

Für alle weiteren Drittstaatenangehörigen bleibt lediglich die Möglichkeit einer irregulären Beschäftigung. Hier kann zwischen

Personen ohne Aufenthaltsbewilligung und Personen im Asylprozess (Ausweise N und F) unterschieden werden. Der Zugang zu einer Arbeit im landwirtschaftlichen Sektor wird für Asylsuchende in erster Linie von den bestehenden Strukturen im Asylregime bestimmt. Die Asylsuchenden werden in der Schweiz in Kollektivunterkünften zumeist im ländlichen Raum untergebracht, was den Zugang zu einer Arbeitsstelle im Landwirtschaftssektor erleichtert. Für eine befristete Arbeit in Landwirtschaftsbetrieben gibt es für Personen mit Ausweis N oder F die Möglichkeit, eine kantonale Bewilligung für kurzfristige Erwerbseinsätze einzuholen. Das Einkommen darf dabei pro Monat 400 Franken nicht überschreiten.⁹ Asylsuchende werden somit zu einer Personengruppe erklärt, die als einzige in der gesamten Gesellschaft ein bestimmtes Monatsgehalt nicht überschreiten darf. Die Organisation dieser Erwerbseinsätze erfolgt über die Betreiber der Kollektivunterkünfte.

In der Landwirtschaft arbeiten auch viele Personen ohne Aufenthaltsbewilligung. Einige sind durch einen negativen Asylentscheid zu Sans-Papiers geworden, andere reisen mit einem Touristenvisum oder als StudentInnen ein und bleiben auch nach dem Ablauf der Aufenthaltsbewilligung im Land. Wieder andere sind bei der Einreise nie registriert worden. Die grosse Nachfrage nach flexiblen und billigen Arbeitskräften führt ebenfalls zur Herausbildung informeller Vermittlungsstrukturen mit illegalisierten MigrantInnen. Es bestehen irreguläre Personalverleihe, die den Nachschub an frischen Arbeitskräften sichern. Die LandarbeiterInnen werden dabei direkt in die Schweiz gebracht. Der Kontakt zu den LandwirtInnen wird über die entsprechenden Mittelspersonen hergestellt. Aufgrund der stabilen Geschäftsbeziehungen zwischen den Mittelspersonen und den LandwirtInnen können für kurzfristig Tages- und Halbtageseinsätze Sans-Papiers telefonisch rekrutiert werden. Der Lohn wird nicht direkt an die Arbeitskräfte ausbezahlt, sondern an die Mittelsperson, welche die Sans-Papiers den BäuerInnen verleiht.

»Das sei alles wie eine grosse Mafia. So eine Überfahrt koste 5000 bis 6000 Franken. Wer nicht vorher bezahlt hat, der muss dies dann halt zuerst mal abarbeiten in der Schweiz. [...] Er bezahle die Mittelmänner, das seien 20 Fr. pro Stunde. Wie viel die Arbeiter verdienen würden, das wisse er halt auch nicht. Er denke aber, dass das nicht viel sei. Deswegen versuche er auch immer, auf diese Personen zu verzichten. Auf anderen Höfen sehe das dann zum Teil schon etwas anders aus.«
Aussage eines Landwirts, Feldnotiz vom 8.11.2012

Aufgrund ihres illegalisierten Aufenthaltes, der Abwesenheit sozialer und gewerkschaftlicher Rechte und der Gefahr, von der Polizei aufgegriffen und ausgeschafft zu werden, sind die Sans-Papiers am

stärksten von Ausbeutung betroffen. Die Produktion illegalisierter Aufenthalts- und Arbeitsverhältnisse dient somit der dosierten Inkorporation von Arbeitskräften, die zu ähnlichen Bedingungen wie in ihren Herkunftsländern angestellt werden (Terray 2002). Diese neue Form der Knechtschaft resultiert aus dem Kampf gegen Einwanderung (Duflof 2011: 116) und bedeutet eine Neukolonialisierung in Form der Ausbeutung illegalisierter Arbeitskraft. Knechtschaft stellt dabei ein Zusammenspiel von Autonomieverlust, Rechtlosigkeit und Ausbeutung dar. Für die illegalisierten Arbeitskräfte bestehen kaum Möglichkeiten, sich arbeitsrechtlich verteidigen zu lassen. Lediglich in den Kantonen Genf und Waadt sind Fälle aus anderen Branchen (Bausektor/Privathaushalt) bekannt, in denen Gewerkschaften Sans-Papiers arbeitsrechtlich verteidigt haben (Knoll, Schilliger und Schwager 2012: 49). Zudem organisieren sich zum Teil HausarbeiterInnen eigenständig gegen Lohndumping, indem sie informell gemeinsam Stundenlöhne festlegen, die nicht unterschritten werden sollen (ebd.: 96).

Die industrielle* Lebensmittelproduktion unter dem Joch des globalen Marktes

Die Zahl der hungernden Menschen auf der Welt hat heute die Milliardengrenze überschritten. Bis zu vier Fünftel der Bevölkerung in den armen Ländern leben von dem, was auf ihren Agrarflächen gedeiht. Zwei Drittel aller Unterernährten sind die BäuerInnen selbst. *Atlas der Globalisierung 2012: 54*

Während Saatgut, Jungtiere, Futtermittel und Dünger auf einem bäuerlichen Mischbetrieb im eigenen Kreislauf zur Verfügung stehen, müssen diese für die industrielle Nahrungsmittelproduktion eingekauft werden. Anschliessend wird die produzierte Ware dem Handel, der Verarbeitung und dem Detailhandel überlassen, bis das Produkt beim Verbraucher anlangt. In dieser verlängerten Wertschöpfungskette wird der Gewinn an den beiden Enden generiert: Die drei grössten Konzerne in der Saatgutindustrie (Monsanto, USA; DuPont, USA; Syngenta, CH) kontrollieren heute 50 Prozent des Marktes, die Preise sind in vielen Fällen gestiegen. Darüber hinaus gehören diese Konzerne zu den Marktführern im Pestizidverkauf. Am anderen Ende der Wertschöpfungskette drücken die Verarbei-

* Die Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion zeichnet sich nicht nur durch Massentierhaltung und den Anbau von Monokulturen aus, sondern auch durch eine Entwicklung ähnlich der Fabriken mit hoher Arbeitsteilung, der Rationalisierung der Arbeitsabläufe und der Markteinbindung, d.h. einer engen Verbundenheit mit globalen Märkten. Die landwirtschaftliche Produktion wird dabei durch die Gesetze der neoliberalen Marktwirtschaftslogik bestimmt.

terkonzerne wie Nestlé (CH), PepsiCo (USA) und Kraft (USA) sowie die nationalen Einzelhandelskonzerne die Produzentenpreise (EvB 2011). Ausserdem verunmöglichen die Verbraucherkonzerne den BäuerInnen Absatzalternativen, indem sie Kooperativen aufkaufen oder sie vertraglich zu Produktabgaben zwingen (EvB 2011). In der Produktion auf den Feldern wird unter diesem beidseitigen Druck wiederum versucht, die Produktionskosten gering zu halten und möglichst rasch, effizient und flexibel für den Markt zu produzieren. Kleine Betriebe können in diesem Wettbewerb nicht mithalten.

Die Entwicklung des Agrarsektors hin zu einer industriellen Landwirtschaft hat sich in der Schweiz in den letzten Jahrzehnten beschleunigt. In den Jahren 2000 bis 2010 haben insgesamt 11'500 Bauernhöfe ihren Betrieb eingestellt, was einer jährlichen Abnahme von gut 1,8 Prozent entspricht (BLW 2012). Die aufgegebene Anbaufläche wird jeweils von grösseren Betrieben übernommen. Der Strukturwandel im Landwirtschaftssektor ist dabei vom globalen Markt wie auch von der staatlichen Subventionierung geprägt. Im Durchschnitt investieren die BäuerInnen in der Schweiz den gesamten Umsatz, den sie aus der Produktion erwirtschaften, in die Produktionsmittel. Die übersteuerten Produkte der multinationalen Unternehmen in der globalen Landwirtschaft lassen somit die Landwirtschaftsbetriebe zum Nullsummenspiel produzieren. Nur dank staatlicher Subventionen können die LandwirtInnen in der Schweiz ein existenzsicherndes Einkommen erzielen. Somit kann nur dank der Subventionierung der prekären Produktionsverhältnisse im globalen Nahrungsmittelmarkt so viel Gewinn geschöpft werden. Es sind daher vor allem die multinationalen Konzerne, die Landwirtschaftsmaschinenhändler, die Stallbauer, Banken und Verpächter, die von den Direktzahlungen profitieren (BLW 2012).

Dieser Strukturwandel wird in der Schweiz gerade von den politischen Kräften aktiv unterstützt, die sich die Agrarpolitik als zentrales Anliegen auf die Fahne schreiben. Doch so professionell die Agrarlobby im Bundesparlament auch agiert, so divers sind die Positionen, welche die verschiedenen Verbände vertreten: Die Anliegen des bürgerlichen Schweizerischen Bauernverbandes haben einen stark protektionistischen Charakter; er wehrt sich gegen die Öffnung der Grenzen und damit gegen einen Wettbewerb bei den Produktpreisen im Landesinnern. Zugleich unterstützt er einen Strukturwandel zur industriellen Landwirtschaft, um damit auch den Export einheimischer Produkte zu fördern. Die SVP beispielsweise, eine Partei »mit bäuerlichen Wurzeln«, vertritt diesen Strukturwandel gar explizit. »[Sie] fordert eine landwirtschaftliche Bildung, welche das Unternehmertum in der Landwirtschaft fördert.«¹¹ Bei den

parlamentarischen Linken und Grünen hat sich bis heute die Position gehalten, durch einen offenen Markt und Qualitätssicherung den Landwirtschaftssektor nachhaltig zu sichern und gewünschte Umstrukturierungen herbeizuführen. Damit soll erreicht werden, dass die Schweiz auf dem Nahrungsmittelmarkt in der ökologischen Produktion eine Führungsrolle einnehmen kann (Dyttrich 2012).

Themen, die den Landwirtschaftssektor grundsätzlich prägen, werden nicht in diese Debatte miteinbezogen: Regelungen für faire internationale Handelsbedingungen, kostendeckende Produzentenpreise, sozial nachhaltige Arbeitsverhältnisse, Zugang zu Land oder die Monopolisierung des Saatgutes werden auf politischer Ebene kaum verhandelt. In diesem Umfeld ist es für kleine Interessengemeinschaften und Gewerkschaften schwierig, ihr Anliegen der Ernährungssouveränität¹² durchzusetzen, wie sich in der aktuellen Parlamentsdebatte zur Agrarpolitik 2014–17 deutlich zeigt (Unger 2012).

Trotz der verlängerten Produktionskette mit Verarbeitung, Verteilung und Zwischenhandel sind die Lebensmittelpreise in den letzten Jahrzehnten massiv zusammengebrochen. Rund 60 Prozent der in der Schweiz produzierten Gemüse und Früchte werden im Detailhandel verkauft. Die grössten Abnehmer sind Migros und Coop, die rund 80 Prozent des produzierten Gemüses aufkaufen, das für den Detailhandel bestimmt ist. Durch die Monopolstellung der grossen Detailhändler wird der Produzentenpreis konstant gedrückt und nur einwandfreie Ware verlangt. Damit ist weniger die Qualität als das Aussehen ein Kriterium. So sind in den letzten Jahrzehnten nicht nur die Nahrungsmittelpreise permanent gefallen, sondern auch die Produzentenpreise im Verhältnis zu den Konsumentenpreisen noch tiefer gefallen. Ein direkter Preisvergleich zeigt die hohen Margen auf: Ein Kilogramm Blumenkohl kostet den Konsumenten beim Detailhändler Fr. 4.65, wobei die Bauern lediglich Fr. 2.00 verdienen.¹³ Dies setzt eine möglichst kostengünstige Produktion voraus, die nur durch die Ausbeutung von Arbeitskräften in prekären Arbeitsverhältnissen möglich ist, wobei nicht nur die Lohnabhängigen betroffen sind. LandwirtInnen reden in diesem Zusammenhang von »Selbstaussaugung«, ohne die sie kaum mehr weiter bestehen könnten.

Gegenstrukturen und Widerstand

Wie wir zeigen konnten, sind die Arbeitsverhältnisse im Landwirtschaftssektor eng mit der Migration verwoben. Gleiches gilt für die Agrarpolitik, das europäische Migrationsregime sowie die Neukolonialisierung im globalen Arbeitsmarkt. Gegenperspektiven dürfen

diese Verschränkungen nicht isoliert voneinander betrachten. Es genügt nicht, Strategien zur Verbesserung der prekären Arbeitsverhältnisse im Landwirtschaftssektor zu erarbeiten und damit lediglich auf mildere Formen der Knechtschaft hinzuarbeiten. Wir möchten deshalb abschliessend einige Ansatzpunkte zu Widerstand und Gegenperspektiven aufzeigen.

Die Migrationsbewegungen in der globalisierten Welt kennen vielerlei Geschichten und müssen als ein Spannungsverhältnis verstanden werden, das sich durch »Elemente der Freiheit und der Unfreiheit« kennzeichnet (Gambino und Sachetto 2009: 115). Da gibt es die Lust zu entdecken und auszuprobieren – eine Suche nach Freiheit, die sich massgeblich durch autonome Entscheidungen auszeichnet. Es sind auch Geschichten der Unfreiheit im Kapitalismus, die sich durch Landenteignung und Ausbeutung von Ressourcen und Arbeitskräften in den ärmsten Ländern auszeichnen. Neben diesen Wanderungsbewegungen sind es die gesetzlichen Zulassungsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt und die Reglementierung der Aufenthaltsbewilligungen, welche die systematische Ausbeutung der LandarbeiterInnen durch Illegalisierung ermöglichen.

Nicht selten unter Lebensgefahr schlagen sich die Menschen durch nach Europa, egal ob Grenzen, Zäune oder Gesetze sie daran zu hindern versuchen. Sämtliche Abwehrstrukturen wie Frontex an den Aussengrenzen Europas und Internierungslager für Illegalisierte in den einzelnen Nationalstaaten können die Migration nicht vollständig unterbinden. Vielmehr erhöhen die Staaten die Kontrolle und versuchen die Migrationsbewegungen zu steuern, indem sie in die autonomen Entscheidungen der Menschen eingreifen (Walters 2006). Dieses »Management of Migration« dient der dosierten Inkorporation der MigrantInnen in den europäischen Arbeitsmarkt und stellt damit eine Auslese à la »surviving of the fittest« dar. Die aufwendige Abwehr gegen die sogenannte illegale Migration schafft schliesslich prekarisierte und illegalisierte Arbeitskräfte, die dann leicht und billig ausgebeutet werden können (Papadopoulos et al. 2008).

Die Gegenüberstellung der Sklaven in den USA zu Beginn des Beitrags und der heutigen Sans-Papiers in Europa ist nicht unproblematisch, macht aber deutlich, dass es eine Kontinuität der ausbeuterischen Verhältnisse gibt. Um diese zu brechen, bedarf es in unserem Kontext zweierlei: Der Verstetigung alternativer Produktionsketten im Landwirtschaftssektor sowie antikolonialer Diskurse und Kämpfe von unten. Letzteres ereignet sich im Kleinen wie im Grossen immer wieder. Bekannt sind vor allem die vom Europäischen BürgerInnenforum dokumentierten Fälle in Spanien und Ita-

lien: Im Jahr 2000 kam es im spanischen Plastikmeer El Elejido nach Ausbrüchen rassistischer Gewalt gegen migrantische LandarbeiterInnen zum Widerstand und zu einer gewerkschaftlichen Organisation (EBF 2004). Auch sei hier auf die Auseinandersetzungen von 2010 in der italienischen Kleinstadt Rosarno hingewiesen, wo SaisonarbeiterInnen unter ähnlich prekären Bedingungen wie in Almería leben. Nach zwei Schüssen auf afrikanische LandarbeiterInnen begaben sich die MigrantInnen auf die Strasse, um ihre Wut direkt und unmittelbar zu zeigen. Gleichzeitig organisierte sich die lokale Bevölkerung und startete einen ›Rachefeldzug‹ gegen die Revoltierenden. Während des »Pogroms« (Dufлот 2011: 10) und der Proteste trat ein ganzer Prozess des Verfalls der sozio-ökonomischen Beziehungen zutage, dem eine komplexe Verstrickung von ausbeuterischen Verhältnissen in der industriellen Landwirtschaft, lokalen Machenschaften der Mafia und den Kürzungsprogrammen der europäischen Subventionen vorausgegangen war (Dufлот 2011: 87).

Im Kontext einer antirassistischen und antiimperialistischen Politik können die No-Border- und Bleiberechtnetzwerke gesehen werden. Sie bleiben zwar manchmal in verkürzten Menschenrechts- und sich widersprechenden rechtsstaatlichen Diskursen gefangen, fordern die Nationalstaaten jedoch gleichzeitig durch die Idee einer globalen Bewegungsfreiheit heraus. Sie betonen die Autonomie der Migration und versuchen, die Zusammenhänge der Migrationsbewegungen aufzuzeigen. Denn viele Menschen machen sich auf den Weg nach Europa, weil hiesige Firmen sie ihrer Länder und Ressourcen beraubt haben. Mit der Migration holen sie lediglich das zurück, was ihnen stetig genommen worden ist und wird. Nicht zufällig ertönt in vielen Kämpfen in Teilen Afrikas die gleiche Parole wie bei den Sans-Papiers-Demonstrationen in Paris: »Y`en a marre – jetzt ist genug!«. Ob die wilden Streiks der BergarbeiterInnen in Südafrika, die ›Walk To Work‹-Proteste in Uganda, die zahlreichen Märsche der Sans-Papiers in Europa oder der Widerstand der BäuerInnen im rumänischen Rosia Montana: diese Momente des Protests verlangen weit mehr als bessere Löhne oder bessere Arbeitsbedingungen. Die eingewanderten (Land)ArbeiterInnen weigern sich, ihr Leben auf die Schwankungen des Warenaustauschs und des Kapitals reduzieren zu lassen und müssen in ihren Kämpfen auch so verstanden und politisch unterstützt werden.

Darüber hinaus geht es um die Suche nach Perspektiven, die es ermöglichen, dass ein vielfältiges WIR entstehen kann. Konkret unterscheidet sich die ökonomische Lebensrealität der Schweizer BäuerInnen von jener der in der Landwirtschaft tätigen, aber zumeist

landlosen PraktikantInnen oder Sans-Papiers sicherlich. Auch die Ausbeutungsverhältnisse und der Grad der Selbstbestimmungsmöglichkeiten sind unterschiedlich. Welches sind die verbindenden Elemente? Ein Bauer aus dem Berner Oberland bezeichnete, was ihm und seinen KollegInnen angetan wird, als »moderne Sklaverei«. Es sei ein Prozess der »ethnischen Säuberung« der BäuerInnen, gegen den es sich aufzulehnen gelte. Er verweist damit auf das lokale und globale BäuerInnensterben. Die Abhängigkeit von Subventionen und die Verschuldung infolge des Kaufs teurer Maschinen bedeutet, dass LandwirtInnen oft nur theoretisch unabhängig über ihre Produktionsmittel verfügen können. Praktisch sind sie aber nicht frei in der Gestaltung ihrer Produktionsverhältnisse. Was, wie und für wen angebaut wird, entscheiden zumeist andere. Die Widersprüche zeigen sich auch bei denen, die mit möglichst wenig Maschineneinsatz und biologischer Landwirtschaft umso mehr auf die menschliche Arbeitskraft angewiesen sind. Die LandwirtInnen sprechen dabei nicht selten von Selbstausbeutung wie auch von einer bewussten, doch unumgeharen Ausbeutung der saisonalen Arbeitskräfte im Agrarsektor.

Bei der Auseinandersetzung mit Arbeits- und Produktionsverhältnissen geht es auch um eine gemeinsame Reflexion und Praxis über die Art der Lebensmittelproduktion und den Stellenwert der Landwirtschaft in unserer Gesellschaft. Dies bedarf einer an die Wurzel gehenden, also radikalen Diskussion jenseits von Lösungen à la Fair-trade, die gar keine Lösungen sind. Denn Handel und Fairness stehen in einem Widerspruch, weil die global-wirtschaftlichen Zusammenhänge mit der Parole »Trade not aid« (»Handel statt Hilfe«) mystifiziert werden (Silvia Perez-Victoria 2007: 139ff). Fairer Handel bedeutet, den ErzeugerInnen einen »gerechteren« Preis zu bezahlen als den vom Weltmarkt bestimmten, der wiederum auf postkolonialen Macht- und Herrschaftsverhältnissen beruht. Die vom Anbau verursachten Umweltschäden, die Ernteschwierigkeiten und Ertragsschwankungen, die Vernichtung lokaler Märkte durch den globalen Markt, die Abhängigkeiten von teurem Staatgut und vieles mehr werden im »gerechten Preis« nicht berücksichtigt. Dieser lotet lediglich die Preisobergrenze auf dem Weltmarkt aus, damit das Produkt global einen Absatz findet. So werden weder die kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse noch das neoliberale Diktat des IWF und der WTO grundsätzlich in Frage gestellt. Vielmehr wird an mildereren Formen der Knechtschaft gearbeitet und der widersprüchliche Eindruck erweckt, dass sich »faire« Arbeitsbedingungen in den bestehenden Strukturen reglementieren lassen.

Die ZapatistInnen, die sich nach der Umsetzung der NAFTA-Abkommen von 1994 öffentlich dazu äusserten und sich gegen die industrielle Landwirtschaft und die Landenteignung zu organisieren begannen, prägten den Gedanken ›Caminando preguntamos‹, der hier wegweisend ist. Das ›fragende Voranschreiten‹ impliziert eine Suchbewegung möglicher Alternativen im Hier und Jetzt, statt nur auf eine künftige Revolution zu verweisen. Diese Idee beinhaltet eine radikale Absage an Avantgardevorstellungen und die Trennung von Theorie und Praxis in der Betonung des prozesshaften Experimentierens. Die ›Precarias a la deriva‹ setzten diesen Gedanken im Sinne einer ›militanten Untersuchung‹ fort. »Die Derive« [ungeplante Reise durch eine Landschaft] erweist sich dabei als Ausgangsmoment einer Weise des Handelns, Fragens, Forschens, die den verbreiteten rigorosen Trennungen von ›Wissenschaft‹ und ›Politik‹, von ›Theorie‹ und ›Aktivismus‹ keine Chance lässt.« Politisches Handeln und Wissensproduktion wird dabei in Bewegung versetzt (Precarias a la deriva 2011: 16ff).

Nach alternativen Produktionsverhältnissen zu suchen bedeutet, die Produktion in der Landwirtschaft zu dezentralisieren, was auch einer politischen Dezentralisierung bedarf. Letzteres bedeutet zum Beispiel, die radikale Trennung von ProduzentInnen und KonsumentInnen zu hinterfragen. Die kapitalistischen Strukturen müssen durch unabhängige Produktionsketten ersetzt werden, die weder auf Saatgutbanken noch Grossverteiler zurückgreifen und den Schwankungen der Lebensmittelpreise Widerstand leisten. Global gesehen wirkt die Lokalisierung der Produktionsverhältnisse mittels Stärkung alternativer kleinbäuerlicher Strukturen und lokal organisierter politischer Entscheidungsprozesse sowie Kämpfen gegen Landenteignung den gesellschaftszerstörenden Phänomenen entgegen, die Millionen von Menschen zur Migration zwingt.

Wie selbstorganisierte Institutionen in der Landwirtschaft aussehen könnten, müssen stetig neue und kollektive Aushandlungsprozesse unter allen Beteiligten zeigen. Um uns in andere Verhältnisse hineindenken zu können, reicht unsere Vorstellungskraft selten aus. Im Folgenden möchten wir auf Ansätze verweisen, die im Hier und Jetzt versuchen an nicht kapitalisierbaren Produktionsketten und zwischenmenschlichen Beziehungen in der Landwirtschaft zu arbeiten. Diese Versuche sind zahlreich und in ihrer ganzheitlichen Radikalität sehr unterschiedlich. Es sind Saatgut-Netzwerke, wie sie von Longomaï und Pro specie rara aktuell aufgebaut werden, oder neue Erzeuger-/VerbraucherInnen-Zusammenschlüsse wie die selbstverwalteten Gemüsekooperativen Ortoloco in Zürich und soliTerre in Bern, die auf eine regionale Vertragslandwirtschaft setzen.

Es sind Projekte wie das Holzlabor in Thalheim bei Winterthur, die den Aufbau nachhaltiger und eigenständiger Strukturen nach der Landwirtschaft auf weitere Produktionsbereiche, hier des Handwerks, ausweiten. Es sind kleine autonome Gartenprojekte wie in der Umgebung von Basel, wo auf Geld verzichtet wird, um kapitalistischen Warenbeziehungen zu entgehen. Dabei ermöglicht die Mitarbeit auf dem Feld, Obst und Gemüse mitzunehmen. Es sind zahlreiche Permakultur-Projekte, die auf die Schaffung naturnaher Kreisläufe beim Anbau setzen und dabei mit einem allumfassenden Denkprinzip experimentieren, das ebenso auf Energiekreisläufe und andere Reproduktionsbereiche übertragbar ist.

Die Herausforderungen dieser und ähnlicher Ansätze können hier leider nicht diskutiert werden. Nebst logistischen Aspekten und Fragen der nachhaltigen Implementierung der Gegenstrukturen möchten wir an dieser Stelle lediglich auf einen Aspekt der sozialen Rolle der beteiligten Personen eingehen. Dabei bedarf es einer Reflexion über die Tatsache, dass die NutzniesserInnen solch alternativer Landwirtschaftsprojekte zumeist mittelständische BürgerInnen sind. Das wirft grundsätzliche Fragen zur Realisierung von Gegenstrukturen auf, unter anderem die nach Zugangsmöglichkeiten entlang ökonomischer, nationalstaatlicher und sozio-kultureller Ausschlussmechanismen.

Anmerkungen

1 Aus dem Einleitungsreferat von Thomas Huonker zur Tagung »Verdingkinder suchen ihre Spur« vom 28. November 2004 in Glattbrugg. Im Internet unter www.thata.ch/referatverdingkindernovotelglattbrugg28nov04.pdf.

2 Wo nichts anderes vermerkt ist, stammen die Zitate aus Interviews, die im Rahmen unserer Forschungsarbeiten geführt wurden. Sämtliche Personennamen und Ortschaften in Interviewausschnitten sind anonymisiert.

3 Ende des 19. Jahrhunderts belief sich die Zahl der verfrachteten Chinesen auf zwei Millionen und die der Inder auf anderthalb Millionen. Diese arbeiteten auf den Antillen und verschiedenen Pazifikinseln sowie im südlichen Afrika.

4 Gewächshausregion (NLB/EBF 2009).

5 Die Zahl der Sans-Papiers entspricht einer Schätzung, im Internet unter www.agri-info.eu – Länderinfo einsehbar.

6 Im Internet unter: www.agroimpuls.ch.

7 Im Internet unter: ec.europa.eu/eures.

8 Beschreibung auf der Homepage des Bundesamtes für Migration: www.bfm.admin.ch/content/bfm/de/home/themen/arbeit/stagiaireprogramme.html.

9 Ersichtlich auf der Homepage der Heilsarmee – Flüchtlingshilfe: <http://fluechtlingshilfe.heilsarmee.ch/willkommen/erwerbseins%C3%A4tze-f%C3%BCr-asylsuchende>.

10 Medienmitteilung von »Vision Landwirtschaft« vom 23.07.2012, im Internet unter: www.visionlandwirtschaft.ch/landwirtschaft/agrarpolitik/schweiz/bundesstudie.html.

11 SVP-Positionspapier »Für eine unternehmerische Landwirtschaft«, im Internet unter: www.svp.ch/display.cfm/id/100768/disp_type/display/filename/d2005.08_Landwirtschaftspapier.pdf.

12 Der Terminus »Ernährungssouveränität« wurde von »Via Campesina« begründet. Darunter wird eine kleinbäuerliche Landwirtschaft verstanden, die nachhaltig für die lokale Bevölkerung produziert und den regionalen Handel gegenüber dem globalen Markt priorisiert. Mit der Forderung sind auch Landreformen verknüpft, um die Rechte der BäuerInnen zu sichern (Engel 2002). Ernährungssouveränität ist damit bei weitem nicht auf die Forderung einer nationalen Autarkie zu reduzieren, obwohl dies im öffentlich-politischen Diskurs häufig der Fall ist.

13 Im Internet unter: www.ktipp.ch/themen/beitrag/1048879/Nachgerechnet_Hohe_Margen_bei_Gemuese.

Literatur

Anderson, B.; N. Sharma; C. Wright: Editorial: Why No Borders? Refuge, Canada's Journal on Refugees 26 (2) 2009.

Arlettaz, Gérald: Emigration et colonisation suisses en Amérique, 1815-1918. In SQ 5, 1979.

Atlas der Globalisierung: Die Welt von morgen. 1. Auflage taz, 2012.

Balibar, Étienne: Sind wir Bürger Europas?: politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen. Hamburger Edition 2003.

Bundesamt für Landwirtschaft BLW: Agrarbericht 2012. Bern 2012. www.blw.admin.ch/dokumentation/00018/00498/index.html?lang=de.

Brand, Christine: Der Verdingbub. Neue Zürcher Zeitung, 25. Juli 2004.

Carrera, Sergio; Raúl Hernández i Sagrera: The Externalisation of the EU's Labour Immigration Policy. Towards Mobility or Insecurity Partnerships? CEPS Working Document 321, 2009.

Duflot, Jean: Orangen fallen nicht vom Himmel. Der Sklavenaufstand in Rosarno. EBF/CEDRI Basel 2011.

- Dumas, Lucile: Bittere Erdbeeren. Rekrutierung von marokkanischen ArbeiterInnen zur Erdbeerernte nach Südspanien. In: Peripherie und Plastikmeer. Globale Landwirtschaft – Migration – Widerstand. Hrsg. NoLager Bremen und Europäisches BürgerInnenforum, Wien, 2008.
- Dytrich, Bettina: Landwirtschaft ist keine Insel. Die Wochenzeitung 37, September 2012.
- Engel, Astrid: Ernährungssouveränität noch immer ein unbekannter Begriff? In: Fünf Jahre später. Eine Bilanz von NRO fünf Jahre nach dem Welternährungsgipfel in Rom. Hrsg. Forum Umwelt und Entwicklung, Knotenpunkt GmbH, Bonn, 2002.
- Europäisches BürgerInnenforum/CEDRI: Bittere Ernten. Die moderne Sklaverei in der industriellen Landwirtschaft Europas. Ropress Zürich, 2004.
- Erklärung von Bern: Agropoly. Wenige Konzerne beherrschen die weltweite Lebensmittelproduktion. EvB Zürich, 2011.
- Gambino, Ferruccio; Devi Sacchetto: Die Formen des Mahlstroms. Von den Plantagen zu den Fließbändern. In: Über Marx hinaus: Arbeitsgeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts. Hrsg. Marcel van der Linden und Karl Heinz Rot. Assoziation A, Berlin, 2009.
- Knoll, Alex; Sarah Schilliger; Bea Schwager: Wisch und weg. Sans-Papiers-Hausarbeiterinnen zwischen Prekarität und Selbstbestimmung. Seismo Verlag, Zürich, 2012.
- Leimgruber, Walter: Normalfall Migration. Neue Zürcher Zeitung, 3. Januar 2013.
- Leuenberger, Marco; Loretta Seglias (Hrsg.): Versorgt und vergessen. Ehemalige Verdingkinder erzählen. Rotpunktverlag, Zürich, 2008.
- Levitt, Peggy; Nina Glick Schiller: Conceptualizing Simultaneity: A Transnational Social Field Perspective on Society. *International Migration Review* 38/2004.
- No Lager Bremen und Europäisches BürgerInnenforum: Peripherie & Plastikmeer. Globale Landwirtschaft – Migration – Widerstand. REMAprint, Wien, 2009.
- Papadopoulos, Dimitris et al: Escape Routes: Control and subversion in the twenty-first century. Ann Arbor MI: Pluto Press, London, 2008.
- Perez-Vitoria, Silvia: Bauern für die Zukunft: Auf dem Weg zu einer globalen Bewegung. Rotpunktverlag, Zürich, 2007.
- Precarias a la deriva: Was ist dein Streik – Militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität. Verlag Turia + Kant., Wien/Berlin, 2011.
- Soysal, Yasemin Nuhoglu: Limits of citizenship migrants and postnational membership in Europe. The University of Chicago Press, 1994.
- Stobart, Luke: Borders, Labour Impacts, and Union Responses: Case of Spain. *Refugee, Canada's Journal on Refugees* 26/2009.
- Terray, Emmanuel: Illegale Arbeit ist rentabel. Archipel, 2002.
- Uniterre: Agrarpolitik: Es gibt nicht die Wahl zwischen Produktion oder Ökologie. www.uniterre.ch/index.php/de/presseerklaerungen/400-grarpolitik-es-gibt-nicht-die-wahl-zwischen-produktion-oder-oekologie, 2012.
- Walters, William: Border/Control. *European Journal of Social Theory* 9/2006.
- Zeller, Christian: Globalisierung der Arbeit und der Verunsicherung. *Geographische Zeitschrift* 96/2008: 78–96.